

Der Antisemitismus-Streit um die LINKE – ein willkommener Akt der Verdrängung

von Reiner Bernstein¹

Man schlägt den Esel und vergisst den Sack. Auf diese Formel lässt sich die Aufregung um Einstellungen und Äußerungen in der LINKEN bringen, die Partei fördere den Antisemitismus. In den Medien brach geradezu ein Wettbewerb aus, wer bei der Kommentierung über den Stimmenwirrwarr in der Partei die Nase vorn hat. Während die Aktuelle Stunde am 25. Mai zu „möglichen antisemitischen und israelfeindlichen Positionen und Verhaltensweisen in der Partei DIE LINKE“ nur mäßige Resonanz fand – woran die dürftige Studie zweier Sozialwissenschaftler kräftig mitwirkte –, schaffte es der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, die interessierte Öffentlichkeit gegen die LINKE zu mobilisieren oder sie zumindest nachhaltig zu verunsichern.

Dabei hatte der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl an jenem 25. Mai „ein antisemitisches Grundrauschen in unserer Gesellschaft“ eingeräumt. Dieser Befund hinderte Dieter Graumann jedoch nicht daran, allein der LINKEN vorzuwerfen, dass ihre Versuche der

¹ Abgeschlossen am 21./22.06.2011. Der Beitrag ist wieder abgedruckt im Zürcher Internet-Portal „Journal21“ vom 24.06.2011. Eine kritische Zusammenfassung des Papiers „Antisemiten als Koalitionspartner“ von Salzborn/Voigt, das von politischen Gegnern der LINKEN in der Sitzung des Bundestages am 25.05.2011 ständig herangezogen wurde, hat die Leiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv, Dr. Angelika Timm, vorgenommen. Zu Überlegungen einer Positionsbestimmung der Linken schreibt Timm: „Der Blick auf Israel muss auf jeden Fall vom Existenzrecht und der Sicherheit des Staates ausgehen; daran kann kein Abstrich gemacht werden, genau so wenig wie seine Bevölkerung nicht pauschal ins Feindbild gerückt werden darf. Unbedingt sollte ... unterschieden werden zwischen a) der demokratischen Linken in Israel, der unsere volle Solidarität gilt, b) der Masse der israelischen Bürger, die – national manipuliert oder weltoffen – ihr normales tägliches Leben in Sicherheit führen wollen und denen Achtung gezollt werden muss, und c) der Innen- und Regionalpolitik der israelischen Rechtskräfte, die in vieler Hinsicht kritikwürdig ist bzw. politisch kritisiert werden kann und muss. Der deutschen Linken würde eine entsprechende Differenzierung, die den Autoren o.g. Papiers und vielen anderen Neu- und Antideutschen fehlt, gut zu Gesicht stehen.“

Distanzierung von antisemitischen Tendenzen „spektakulär missglückt“ seien. Wieder einmal mag man sich in der Mitte der Gesellschaft bequem zurücklehnen, weil der Schuldige ausgemacht sei, während der Streit die LINKE fast zerreißt. Vor dieser Gefahr wird keine „Beschlusslage“ schützen, solange der interne Klärungsprozess keine belastbaren Ergebnisse zu Tage fördert. Obwohl die LINKE nur das Spiegelbild eines schweren gesamtgesellschaftlichen Ressentiments ist, liefert die geradezu bestellte Aufregung eine höchst willkommene Projektionsfläche im Streit um parteitaktische Vorteile.

Eine solche Strategie kommt besonders jenen zupass, denen es um eine Ablenkung von den eigenen Identitätskrisen geht. Die „Grünen“ sind zumindest vorerst davon verschont geblieben; doch „Stuttgart 21“ und das Projekt „Hochmoselbrücke“ dräuen. In ihrer Gründungsphase standen die „Grünen“ vor denselben Strukturproblemen und Durchstechereien, die heute die LINKE als politisch unbelehrbar erscheinen lassen und dazu führen, dass sie ihren Kritikern fast hilflos hinterherläuft und auf Methoden der flauen Verteidigung setzt.

Zum anderen bietet der Ansturm ihren Gegnern das Instrument, der Partei eine Initiative aus der Hand zu schlagen, an der sie selbst gescheitert sind: die Bundesregierung und die sie tragende Koalition zur Konkretisierung zu zwingen, warum sie die Pläne von Machmud Abbas und Salam Fayyad ablehnen, in den Vereinten Nationen die Proklamation des Staates Palästina zu betreiben. Denn der dem Bundestag vorliegende Antrag der LINKS-Fraktion „Den Staat Palästina anerkennen“ läuft darauf hinaus, die politische Glaubwürdigkeit Angela Merkels und ihres Kabinetts in Sachen Zwei-Staaten-Lösung zu testen und ihre vorseilende Kritik an „einseitigen Schritten“ ad absurdum zu führen: Die Bundesregierung tut so, als ob sie von der israelischen Politik nicht ständig vor vollendete Tatsachen gestellt wird und vergessen hat, dass Ariel Sharon mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen 2005 jenen

„einseitigen Schritt“ – ohne Absprache mit der Autonomiebehörde in Ramallah – einleitete, der den Aufstieg von „ Hamas“ begünstigt hat.

Es wäre ein kapitaler Fehler, würde sich die Bundesregierung im Zuge der im September anstehenden Entscheidungen zur von der israelischen Politik erwünschten „moralischen Majorität“ zählen lassen. Damit wäre anerkannt, dass die bedrohliche Delegitimierung Israels nur durch den Verbleib in den palästinensischen Gebieten abzuwenden sei – in den Worten Benjamin Netanjahus: „Judäa und Samaria sind keine besetzten, sondern umstrittene Gebiete, auf die Israel zumindest einen ebenso legitimen Anspruch hat wie die Palästinenser.“ Wie nicht anders zu erwarten, lavierte der Brief Catherine Ashtons an Hillary Clinton vom 10. Juni zwischen der Ablehnung einseitiger Schritte und der Aufforderung, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um über die Grenzfragen auf der Basis von 1967 und über feste Sicherheitsgarantien zu beschließen. Ashton mahnte für die Lösung des Konflikts eine Dringlichkeit an, in die sie selbst wenig Vertrauen setzen dürfte². Diese Aussichtslosigkeit wird von Gegnern Israels mit der Forderung quittiert, die internationale Zustimmung zur Gründung des Staates 1948 zu widerrufen, weil sie ein westlich gesteuertes kolonialistisches Projekt sei.

Spreu und Weizen

Mag die LINKE die Manipulation der Wahrheit wie im Falle des Vorwurfs zurückweisen, sie habe sich einer fraktionsübergreifenden Erklärung zur Verurteilung des Antisemitismus verweigert, so wird sie nicht umhinkommen, politisch die Spreu vom Weizen zu trennen. Dazu gehört „links“ das Ende der Phantastereien von einem gemeinsamen jüdisch-arabischen Staat. In Abgrenzung von Ilan

² Der Brief Ashtons an Clinton steht in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage zur Verfügung.

Pappe (damals Universität Haifa) hat Uri Avnery vor vier Jahren darauf hingewiesen, dass ein solcher Staat auf die Fortsetzung der Gewalt hinauslaufe, und wenn er auf friedlichem Wege doch zustande käme, er auf lange Zeit in Politik und Wirtschaft ein Staat mit ungleichen Partnern wäre. Bei der „rechten“ Parteiflanke muss darauf bestanden werden, die deutsche Verantwortung für den Holocaust vom Urteil über Israels Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung im eigenen Staat und in den nach wie vor besetzten Gebieten abzugrenzen. Eine Verwischung der Verpflichtungen hält der Geschichte nicht stand.

Shimon Peres hat jüngst beklagt, dass der Staat Israel drauf und dran sei, mit voller Wucht auf eine Mauer der internationalen Isolierung zuzurasen und in einem binationalen Staat zu enden. Doch selbst die Warnungen des Staatsoberhauptes haben die Regierung in Jerusalem nicht vor einer diplomatischen Großoffensive gegen die Proklamation des Staates Palästina bewahrt – die darauf hinausläuft, die Entstehung eines lebensfähigen Staates zu verhindern. Die Botschaften in aller Welt sind angehalten, Avigdor Lieberman im wöchentlichen Abstand über die Ergebnisse ihrer Einflussnahme zu berichten.

Alle politischen Kräfte hierzulande sollten sich darin einig sein, über den unerlässlichen Kampf gegen den Antisemitismus den eigenen hohen Anteil an der Entstehung einer wild gewordenen Atmosphäre der Israel-Kritik nicht zu verdrängen. Die falsche Solidarität mit einem Israel, welche die Definition verweigert, mit wem sie denn aktiv sympathisiert, und gegenüber den Palästinensern die Kompensation der politischen Entscheidungsschwäche durch Bereitstellung umfänglicher finanzieller und technischer Mittel haben beides ausgelöst: beklemmende Lähmungen und heftige Aggressionsgelüste. Bis zu ihrer Überwindung kann man sich in Berlin jede wohlfeile Rhetorik vom Frieden für beide Völker sparen.